

Premiere im Historischen Rathaus

Erstes Stadtgespräch als Beginn eines strukturierten Bürgerdialogs

20. April 2016 | 23:30 | red



Kölns neue Oberbürgermeisterin Henriette Reker hat am heutigen Mittwochabend zur ersten Ausgabe der neuen Dialogreihe „Stadtgespräche“ ins Historische Rathaus geladen. Mehr als 150 kamen und füllten den Saal.

„Wie wollen wir miteinander leben?“ so eine der vielen Fragen, mit der sich die neue erste Bürgerin an die versammelten Mitbürger wandte. Ausgehend von der zunehmenden Kritik an der repräsentativen Demokratie startet Reker nun mit der Umsetzung eines Wahlversprechens, mehr direkten Dialog mit den Bürgern. Und genau das taten sie auch.

Zu Beginn erläuterte zunächst Oberbürgermeisterin Henriette Reker ihren Ansatz. Man könne Köln „nicht per Dekret regieren“, ließ die erste Bürgerin der Stadt die Anwesenden wissen. „Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich äußern, wie sie sich die Beteiligung vorstellen. Wir wollen dabei den Bürgern zuhören“, betonte Reker in ihrer Begrüßungsansprache. Dabei klang allerdings auch an, dass es Grenzen der Beteiligung gebe und dies ebenfalls ausgelotet werden.

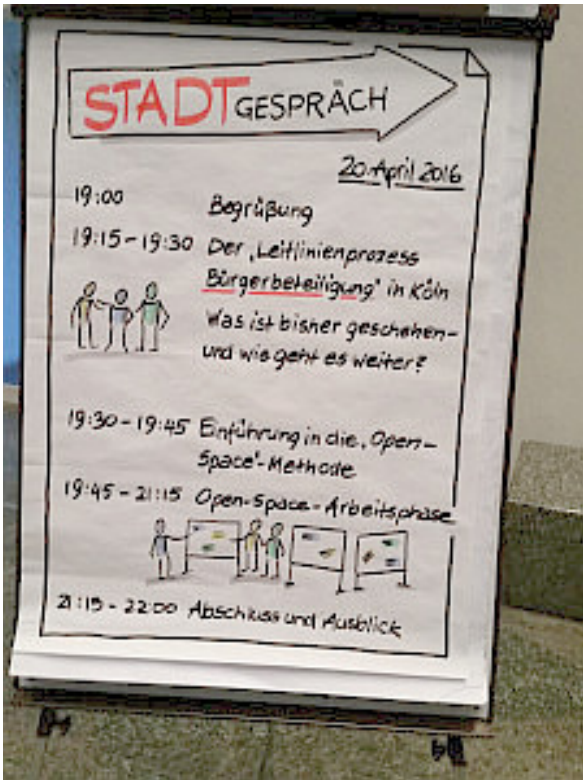
In der anschließenden Podiumsdiskussion berichteten die Mitglieder des so genannten Konzeptgremiums über ihre persönlichen Erfahrungen und die Zielsetzungen des bereits ausgearbeiteten Leitlinienprozesses, der mit der heutigen Auftaktveranstaltung in die Realisierungsphase einmündet. Das Konzeptgremium leistete dabei die Vorarbeit, indem es versuchte, gemeinsame Eckpunkte und Regeln zu erarbeiten. Am 7. April beschloss das Gremium „Eckpunkte“ für diese Bürgerbeteiligung.

Reker plant, diese neue Veranstaltungsreihe nun in den Stadtbezirken fortzusetzen und weiter zu konkretisieren. Die Bürger sollen dabei über diese „Stadtgespräche“ vor allem eines, „auf Augenhöhe“ mitreden. Reker selbst nahm sich an diesem Abend viel Zeit mit, hörte vor allem den Bürgerinnen und Bürgern lange und geduldig zu.

Nach knapp 45 Minuten ging es dann in den benachbarten Lichthof. Hier hatte die Stadt Köln zuvor fünf Themenschwerpunkte aufgebaut, die aus leeren Wänden und vielen Kugelschreibern bestanden. Die hatten eher allgemeine Überschriften wie „Was macht eine gute Bürgerbeteiligung aus“, „Chancen und Grenzen von Bürgerbeteiligung“, „Aktivitäten und Ansprache“, „Organisatorisches“ und einen Überblick über das Ratsinformationssystem. Vieles, was sich im Dialog zwischen Stadtverwal-

tung und Politik zuträgt, findet sich in den Unterrubriken der städtischen Internetseiten, zumeist allerdings „gut versteckt“. Nach der letzten größeren IT-Umstellung vor Jahresfrist ist die Optimierung der eigenen Internetseite nun vor allem Kleinarbeit. So hat unter anderem das städtische Presseamt genau am Tag des ersten Stadtgesprächs zugleich den eigenen Presseservice durch Integration einer Toplist neuester Ratsunterlagen für den täglichen Gebrauch wesentlich vereinfacht.

Die Schwierigkeiten von Bürgerbeteiligung



Nur ein Anfang? Die Bürgerinnen und Bürger sollen künftig bei größeren Vorhaben enger mitgenommen werden.
Bild: Köln Nachrichten

Doch Bürgerbeteiligung ist weder Selbstläufer noch großes Wunschkonzert. „Bürger, aber auch Verwaltung und Politik sind hier in einer Bringschuld. Der Bürger, sich zu beteiligen; für Verwaltung und Politik sich zu öffnen und Transparenz herzustellen. Genau hier könnte eines der zentralen Probleme liegen, denn in den ersten Treffen des Konzeptgremiums ging es vor allem darum, dass sich die Beteiligten zunächst einmal über ihre eigenen Positionen und Anliegen sowie die der anderen Beteiligten im Klaren werden, wie CDU-Ratsfrau und Gremiumsmitglied Katharina Welcker ausführte.

Doch Bürgerbeteiligung ist weder Selbstläufer noch großes Wunschkonzert. „Bürger, aber auch Verwaltung und Politik sind hier in einer Bringschuld. Der Bürger, sich zu beteiligen; für Verwaltung und Politik sich zu öffnen und Transparenz herzustellen. Genau hier könnte eines der zentralen Probleme liegen, denn in den ersten Treffen des Konzeptgremiums ging es vor allem darum, dass sich die Beteiligten zunächst einmal über ihre eigenen Positionen und Anliegen sowie die der anderen Beteiligten im Klaren werden, wie CDU-Ratsfrau und Gremiumsmitglied Katharina Welcker ausführte.

Kritiker von „offenen“ Bürgerversammlungen, die eher wie ein riesiger Kreativworkshop mit Whiteboard-Unterstützung aussehen, wenden ein, dass es trotz versprochener Transparenz eine erhebliche Informationsasymmetrie gibt. Damit gemeint ist ein Informationsvorsprung der damit Beschäftigten, der schnell zum „Herrschaftswissen“ wird und gerade bisher unbeteiligte Bürger schnell zu frustrieren droht. Dies wiederum ganz neue Herausforderungen an die Informationsaufbereitung der zur Debatte stehenden Punkte.

Ein weiterer Aspekt und den Initiatoren um Oberbürgermeisterin Reker enorm wichtig ist es, einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung zur Beteiligung an diesem Prozess zu aktivieren. Das aber – und hier hat die Stadt bereits in vielen Fällen Erfahrungen sammeln können und müssen, stößt immer wieder auf Barrieren. Nicht jeder hat Internet und lässt sich auf den üblichen Marketing- und Kommunikationskanälen ansprechen, auf den Bürgerversammlungen selbst sieht man auch unter den

Bürgern viele bekannte Gesichter, die immer wieder mal dabei sind. Hier hat sich Reker und ihr Mitarbeiterstab viel vorgenommen.

Auf die Konzeption folgt die Arbeitsphase

Der Prozess zum Leitlinienprozess ist bereits mit einem Ratsbeschluss aus dem vergangenen Jahr angeschoben worden. Auf den Ratsbeschluss folgte die Vorarbeit, die so genannte Konzeptionsphase, in der das 36-köpfige Gremium die Grundlagen für die weitere Arbeit gelegt haben. Mit dem heutigen Stadtgespräch folgt die Arbeitsphase, die nun in den folgenden Monaten in die Stadtbezirke und damit in Fläche gehen soll.

In der Ratsvorlage vom Mai vergangenen Jahres hatte die Stadt die Bürger in die Arbeit einbezogen und sechs Plätze für Vertreter der Bürgerschaft reserviert. Drei von ihnen sollen per Los bestimmt werden, die anderen drei waren Vertretern zweier bereits existierender Netzwerke sowie der Leitbildgruppen vorbehalten. Bereits in der Konzeptionsphase zeigte sich, dass selbst unter den Bürgern innerhalb des Gremiums keineswegs reiner Konsens herrschte. Doch durch den Einsatz von Moderatoren die Auseinandersetzungen in einer sachlich-konstruktiven Atmosphäre erörtert werden. Darin bestand unter den Mitgliedern des Konzeptgremiums Konsens.

Und so war der heutige Abend neben vielen Gesprächen und komplett beschriebenen, weißen Wänden, vor allem von dem Willen bestimmt, den Worten Taten folgen zu lassen. Nicht nur optisch standen sich Experten und Bürger dabei direkt und auf Augenhöhe gegenüber. Frontalvorträge mit grauen Power-Point-Präsentationen haben hier nichts zu suchen. Vielmehr standen an jedem der fünf „Themenwände“ mindestens eine Moderatorin oder Moderator.

Ganz umsonst ist dieser erneute Versuch einer strukturierten und damit nachhaltigen Bürgerbeteiligung allerdings nicht. In der Ratsvorlage werden die Sachkosten für die Arbeitsphase und seine folgenden Events auf rund 75.000 Euro beziffert, Überstunden der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht eingerechnet. Für den gesamten Leitlinienprozess kalkulieren die Verantwortlichen mit Kosten in Höhe von insgesamt 150.000 Euro. Die Arbeitsphase soll ein knappes Jahr andauern und in einem Ratsbeschluss münden, so das Vorhaben.